

der OSZE gegebenenfalls bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen weitere Unterstützung zu leisten. Wir bekräftigen uneingeschränkt die in Paris für den zweijährigen zivilen Konsolidierungsplan vereinbarten Leitprinzipien sowie den in London angenommenen Aktionsplan für 1997.

Die internationale Gemeinschaft hat sich zu einem breiten Spektrum von Unterstützungs- und Beratungsmaßnahmen verpflichtet. Wir unterstreichen noch einmal, daß es die Verantwortung der Menschen und der Führung in Bosnien und Herzegowina sowie in den Nachbarländern ist, die Aussöhnung zu fördern und einen dauerhaften Frieden herzustellen. Wir appellieren an die Vertragsparteien, die Friedensvereinbarung in vollem Umfang zu erfüllen. Wir erwarten, daß sie sich uneingeschränkt engagieren, zügig Fortschritte in Bereichen wie zivile Bewegungsfreiheit, ungehinderte Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen, Umstrukturierung und Umschulung örtlicher Polizeikräfte sowie bei der vollständigen Einhaltung der Rüstungskontrollvereinbarungen zu erzielen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Parteien mit Nachdruck auf, die Bestimmungen der Rüstungskontrollvereinbarungen uneingeschränkt und gewissenhaft umzusetzen und ihre Bestände bis zum 1. November 1997 auf die vereinbarten Höchstgrenzen zu reduzieren. Wir rufen die Parteien nachdrücklich dazu auf, entsprechend ihren in der Friedensvereinbarung übernommenen Verpflichtungen uneingeschränkt den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zu unterstützen und mit ihm zusammenarbeiten und alle Personen an den Strafgerichtshof zu überstellen, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind. Wir erwarten, daß die Parteien in vollem Umfang mit der Internationalen Polizeitruppe (IPTF) zusammenarbeiten.

Die Sicherung eines dauerhaften Friedens und der Stabilität im ehemaligen Jugoslawien setzt voraus, daß die Demokratie nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern auch in den benachbarten Ländern wächst und gedeiht.

Wir beklagen zutiefst die Entscheidung der serbischen Regierung zur Annullierung von Ergebnissen der Kommunalwahlen vom 17. November und appellieren an die serbische Regierung, den demokratischen Willen des Volkes zu respektieren und diese Entscheidung rückgängig zu machen. Wir drücken unsere Bestürzung darüber aus, daß die serbischen Behörden die Appelle der internationalen Gemeinschaft zur Achtung international anerkannter demokratischer Prinzipien ignoriert haben.

Wir würdigen die Einhaltung der Gewaltfreiheit durch die Opposition und rufen die Regierung dazu auf, jede Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstranten zu vermeiden.

Erfurter Erklärung vom 9. Januar 1997 Verantwortung für die soziale Demokratie

*„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich
dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
Grundgesetz Artikel 14.2*

In der „Erfurter Erklärung“ vom 9. Januar 1997 kritisiert eine Reihe namhafter Persönlichkeiten „gnadenlose Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlende Perspektiven“ der Politik der Bundesregierung. Sie fordern „eine andere Politik“, deren oberstes Ziel die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit sein müsse. Von den Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS verlangen sie u.a., „der Verantwortung nicht auszuweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird.“ Vor allem dieser Punkt dürfte - angesichts einzelner Parteiübertritte ehemaliger Bürgerrechtler zur CDU wegen vorgeblicher PDS-Nähe der Grünen - die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Antwort („Wörlitzer Erklärung“ vom

10. Januar 1997) veranlaßt haben. - Beide Erklärungen veröffentlichen wir nachstehend im Wortlaut. D.Red.

1. Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Was von der Bundesregierung unter der Vorpiegelung von Reformen verfügt wird, erweist sich als geistig-moralischer Bankrott. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunkturereinbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und in der Lage sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2. Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. Niemand unterschätze die Dramatik der Lebenssituation in den ostdeutschen Ländern: Sehr viele neue Bundesbürger erleben, was gegenwärtig geschieht, als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit. Im Westen meinen viele, sie geben ihr Bestes dem Osten, dort meinen viele, man nimmt ihnen das Letzte. In Ost und West gemeinsam sehen sich jedoch Millionen Mitbürger durch immer schwerwiegendere Belastungen vor unlösbare Probleme gestellt.

3. Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: bis hierher und nicht weiter! Ihr Sammelpunkt ist der Wunsch nach Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und die Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4. Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich übersteuerten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den versäumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. „Kapitalisten, hört die Signale!“ überschrieb unlängst die Zürcher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilliarde der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalb Tausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenentlassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Wer für die Benachteiligten nur noch den Zynismus „ Sozialneid! “ übrig hat, verhöhnt die Sozialpflicht des Eigentums nach dem Grundgesetz. Die herrschende Politik zerteilt die sozial begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander.

- Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.

- Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß stärker denn je auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

- Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: Die Systeme der sozialen Sicherung müssen armutssicherer gemacht werden. Der historisch-politische Auftrag des Grundgesetzes erfordert angesichts sich ausbreitender Massenarmut eine Stärkung der Prinzipien des Solidarausgleichs und der sozialen Mindestsicherung.

- Statt die „Zwänge“ der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: Sie muß in der Europäischen Union, der Welt-handelsorganisation, gegenüber dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökologische und demokratische Rahmenbedingungen eintreten.

5. Wie ist das alles finanzierbar? Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. Was in den 50er Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?

6. Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Reformen auf neue Weise gerecht werden: Sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer „Ein-Punkt-Kompetenz“ (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle am Ende die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie niemand im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen, erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.

7. Wir brauchen eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.

Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale

Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.
Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Max von der Grün, Schriftsteller; Stefan Heym, Schriftsteller; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Dr. Inge und Prof. Dr. Walter Jens, Schriftsteller; Dieter Kelp, Pfarrer; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke, Pfarrer; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Prof. Dr. Peter von Oertzen; Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Ramelow, HBV-Vorsitzender Thüringen; Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge, Schriftstellerin und Psychotherapeutin; Herbert Schirmer, Kultúrminister a.D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall; Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Dorothee Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, MdB.

Wörlitzer Erklärung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Januar 1997

(Wortlaut)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt zum Abschluß ihrer Klausurtagung in Antwort auf die Erfurter Erklärung:

Wir wollen 1998 gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Regierung Kohl ablösen.

Wir wollen eine rotgrüne Mehrheit im Bundestag, die stark genug ist, die in Deutschland notwendigen Reformen durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang schließen wir eine Zusammenarbeit mit der PDS - sei es in einer Koalition oder in Form einer Tolerierung - aus.

Die PDS ist nicht mehr die SED. Wir verlangen die politische Auseinandersetzung mit ihr. Eine erneuerte PDS muß sich vor allem an folgenden Kriterien messen lassen.

1. Aufarbeitung der Vergangenheit und der historischen Schuld aus der SED-Nachfolge,
2. Anerkennung des demokratischen Rechtsstaates und Lösung von dem ideologischen und finanziellen Erbe der SED,
3. Auseinandersetzung mit der Stasiverstrickung von Parteimitgliedern und führender Repräsentanten,
4. Trennung von Alt- und Poststalinisten.

In den ostdeutschen Ländern geht es neben der Fortsetzung der erfolgreichen Koalition in Sachsen-Anhalt um den Wiedereinzug in die ostdeutschen Landtage. Dabei wird die Bundestagsfraktion die ostdeutschen Landesverbände mit aller Kraft unterstützen.